

sozialdemokratischer SPD pressediens

P/XXVIII/152

10. August 1973

Neue Aufgaben für Europa

Konsequenzen aus einer unabänderbaren Entwicklung

Von Erwin Horn
Mitglied des Verteidigungsausschusses und
stellv. Mitglied des Auswärtigen Ausschusses
des Bundestages

Seite 1 und 2 / 56 Zeilen

Schluß mit der "Wasch mir den Pelz"-Methode !

Zum Vermögensbildungsplan der Arbeitgeber-
Organisation

Von Philip Rosenthal MdB
Stellv. Mitglied des Bundestagsausschusses
für Arbeit und Sozialordnung

Seite 3 und 4 / 71 Zeilen

Ein unnötiger Nebenkriegsschauplatz

Parteilitischer CDU-Mißbrauch der Ver-
triebenen

Seite 5 / 36 Zeilen

Dokumentation des SPD-Pressedienstes

Das Kardinals-Blatt und der Fall Steiner

Seite 6 und 7 / 89 Zeilen

Neue Aufgaben für Europa

Konsequenzen aus einer unabänderbaren Entwicklung

Von Erwin Horn MdB

Mitglied des Verteidigungsausschusses und stellv. Mitglied
des Auswärtigen Ausschusses des Bundestages

Die zwischen den Vereinigten Staaten und der Sowjetunion erzielte Verständigung von San Clemente zur Verhinderung eines nuklearen Krieges zwischen den Supermächten hat besonders in einigen westeuropäischen Staaten Beunruhigung hervorgerufen. Die Bundesrepublik fuhr mit dem Angebot der zwei zuständigen Minister, nämlich des Bundessußenministers und des Bundesverteidigungsministers, in die Vereinigten Staaten, um sich bestätigen zu lassen, daß die Bündnisverpflichtungen der USA durch das Nixon-Breschnjew-Abkommen nicht berührt wurden. Der sowjetische Parteichef hatte vorher schon bei seinem Blitzbesuch bei Staatspräsident Pompidou in Rambouillet die "Bedeutung des Abkommens konkretisiert und eingegrenzt".

Kürzlich hatte der französische Außenminister Jobert eine Aussprache bei dem sowjetischen KP-Chef Breschnjew in Oreanda, wobei neben der von Breschnjew gewünschten Beschleunigung der KSZE in ihrer zweiten Phase in Genf und der neuen sowjetischen Initiative zwischen der EWG und dem COMECON auch die Pariser Vorbehalte und Befürchtungen gegenüber der sowjetisch-amerikanischen Übereinkunft Gegenstand der Erörterungen waren. Bereits bei der Begegnung von Reykjavik hatte der französische Staatspräsident seinem amerikanischen Kollegen die Bedenken Frankreichs über eine eventuelle vorzeitige und "unkontrollierte" Reduzierung der amerikanischen Truppen in Europa vorgetragen. Wie stark ausge-

rechnet das politische Gewicht Frankreichs in dieser Frage durch sein bereits vor Jahren vollzogenes militärisches Ausscheren aus der NATO ist, kann man sich unschwer vorstellen.

Die beiden Supermächte geraten angesichts der von westeuropäischen Staaten durchgeführten politischen Initiativen fast in die Rolle, die Tragweite der Verständigung zwischen Moskau und Washington zu bagatellisieren. Diese Entwicklung ist höchstens noch kurzfristig zu verlangsamen, nicht mehr aber zu verändern. Sie ist eine gewollte Konsequenz der neuen deutschen Außenpolitik und hier besonders der Ostpolitik und entspricht ebenso den übergeordneten Interessen der beiden Weltmächte. Die wissenschaftlich-technische Entwicklung der Waffen, vor allem im Bereich der strategischen Waffensysteme, verursacht nicht nur einen zunehmenden unerträglichen Kostendruck, sondern sie kann auch in absehbarer Zeit zu einer Unsicherheit führen, die die bisher gültige strategische Konzeption der "flexible response" in Frage stellt, weil die Möglichkeit der "second strike capability" verloren geht. Ohne sinnvolle Begrenzung mündet dies in der strategischen und politischen Unkalkulierbarkeit und berührt damit die unmittelbaren vitalen Interessen der Großmächte.

Die Konsequenz für Westeuropa kann nur darin bestehen, daß man sich bemüht, diese Entwicklung im Sinne einer einheitlich abgestimmten Politik selber aktiv mitzubestimmen. Wer dieser Entwicklung entgegenarbeitet oder sich separiert, verliert, wie es das Beispiel Frankreichs durch sein Ausscheiden aus dem militärischen Verband der NATO zeigt, als einzelner Staat für sich an Einfluß und schwächt zugleich die politische Position Europas. Eine echte Steuerungsfunktion im Sinne der "arms controle", d.h. einer kooperativen Rüstungssteuerung, erhält Europa nur dann, wenn es eigene Ideen und Initiativen entwickelt und bestrebt ist, diese in den internationalen Verhandlungen von KSZE und MBFR auch durchzusetzen.

(-/10.8.1973/mt/ex)

Schluß mit der "Wasch mir den Pelz"-Methode !

Zum Vermögensbildungsplan der Arbeitgeber-Organisation

Von Philip Rosenthal MdB

Stellv. Mitglied des Bundestagsausschusses
für Arbeit und Sozialordnung.

Es gibt einen positiven Aspekt im Vermögensbildungsplan der organisierten Arbeitgeber: daß er überhaupt gekommen ist. Darin liegt die Einsicht auch der Wirtschaft, daß die Konzentration des Produktivvermögens in wenigen Händen nicht nur unrecht, sondern auch eine Zeitbombe gegen friedliche Reformen ist. Diese Einsicht kommt allerdings so spät wie die gegenüber der tariflichen Geldvermögensbildung (312- und 624-DM-Gesetz), dem noch vom damaligen BDA Präsidenten Dr. Balke wie folgt charakterisiert wurde: "Vermögenswirksame Tarifverträge sind kollektives Zwangssparen und Entmündigung der Arbeitnehmer". Immerhin aber: besser spät als nie.

Damit sind aber auch die Positiva schon zu Ende, denn was der BDA-Plan bietet, ist erste Magerkost. Man versucht sich wieder an der Tatsache vorbeizudrücken, daß beteiligen: etwas abgeben bedeutet. Wenn ein Agrarstaat mit Großgrundbesitzern eine Landreform durchführen will, müssen diese den Bauern Land abgeben und können ihnen nicht sagen: "Geht doch in unbesiedelte Wälder und schafft dort selbst neue Felder". Genau das wird aber hier verlangt: Die Arbeitnehmer sollen ihre Anteile am Produktivvermögen im wesentlichen selbst aus ihrem Arbeitseinkommen bilden. Der Einstieg erfolgt aus der Stabilitätsabgabe, und aller Wahrscheinlichkeit nach werden auch die CDU-regierten Länder sich dagegen wehren, ihren Anteil von diesem aufgeschobenen Reformgeld für die Vermögensbildung freizugeben.

Dann basiert der Plan der Arbeitgeber auf dem 624-DM-Gesetz. Dieses war sicherlich ein wichtiger Einstieg in die Vermögensbildung und hat einen stabilitätspolitischen Effekt. Aber zu einem beträchtlichen Teil wird diese Vermögensbildung vom Arbeitnehmer selbst finanziert. Volle Ausschöpfung des 624-DM-Gesetzes durch Arbeitnehmer, wie sie der BDA-Plan vorsieht, würde dem Fiskus über 12 Milliarden DM kosten. Diese gehen von den notwendigen öffent-

lichen Investitionen ab, und der Hauptzahler dieser Milliarden-Zeche ist wieder der Arbeitnehmer selbst. Denn ein vH mehr Einkommenssteuer für die Spitzenverdiener bringt dem Staat 50 Millionen. Ein vH mehr für die 19 vH-Zahler bringt 1,2 Milliarden.

Hier werden auch zwei Fehler des CDU-Burgbacher-Planes wiederholt. 1. lohnabhängige Leistungen bestrafen Unternehmen mit hohem Lohnkostenanteil und meistens deshalb geringem Vermögenszuwachs. 2. gelang es wirklich mit der 20 vH-Prämie der Arbeitnehmer auch nur mit zwei von 20 Milliarden zum Kauf von Aktien und Investmentzertifikaten zu bewegen (mager gegenüber den vier Milliarden im Regierungsprogramm), wäre dies fast die Hälfte der jährlich zum Kauf angebotenen etwa 4,5 Milliarden Beteiligungspapiere. Die Kurse würden steigen, es käme also Vermögensbildung der Altbesitzer.

Demgegenüber setzt der Plan der SPD und übrigens auch der FDP dort an, wo es allein möglich ist: beim Vermögenszuwachs der Altbesitzer. Sofort kommt beim DBA das Wort "Enteignung". Abgesehen davon, daß dann jede Steuererhöhung bei den Reichen Enteignung wäre, ist zu fragen, ob man wirklich von Enteignung sprechen kann, wenn von dem jährlichen Vermögenszuwachs der Altbesitzer von etwa 25 Milliarden DM die Arbeitnehmer vier oder fünf Milliarden bekommen.

Letztlich das Schreckargument des BDA von den "anonymen Gewerkschaftsfonds", die bald eine Sperrminorität der Unternehmen besitzen würden. 1. werden beim SPD-Plan nur Großunternehmen mit einem Vermögenszuwachs von mehr als 400 000 DM betroffen; und 2. will die SPD nicht und kaum die Gewerkschaften einen von diesen kontrollierten Mammutfonds. Es sind regionale Fonds vorgesehen, die von den Arbeitnehmeranteilseignern genau so kontrolliert werden wie heute von den Altaktionären der Fremdbesitz der Banken.

Nach der späten Erkenntnis der "Unternehmensorganisation", daß die Konzentration des Produktivvermögens ungut ist, hoffen wir auf die etwas schnellere Beteiligung der Arbeitnehmer. Fortschrittliche Unternehmer haben dies längst erkannt, sonst hätten ja zum Beispiel die BASF oder die Hypobank oder alle anderen, die Belegschaftsaktien ausgeben, auch ihre Altaktionäre enteignet. Nach dem Motto "Wasch mir den Pelz und mach mich nicht naß" geht es auch bei der Arbeitervermögensbildung nicht. Aber die Erkenntnis doch nunmehr aller Parteien, der Gewerkschaften und jetzt auch der Arbeitgeber, daß dieser Pelz überwaschreif ist, ist ein Fortschritt.

(-/10.8.1973/ks/wt/ex)

+ + +

Ein unnötiger Nebenkriegsschauplatz

Parteipolitischer CDU-Mißbrauch der Vertriebenen

Die CDU hat einen völlig unnötigen Nebenkriegsschauplatz produziert, um ihr parteipolitisches Image aufzupolieren. Der in Ostland geborene Fraktionsgeschäftsführer Olaf Baron von Wrangel wirft der sozialliberalen Bundesregierung öffentlich vor, sie wolle "auf dem Wege des Geldhahns" die Vertriebenenverbände "mundtot" machen, weil sie "dem Ostblock unangenehm und unerwünscht" seien. Deshalb nehme die Opposition mit großer Sorge zur Kenntnis, daß die Bundesregierung in den kommenden Jahren die Mittel für den Bund der Vertriebenen kürzen oder ganz streichen wolle.

Mit vollem Recht hat der Parlamentarische Staatssekretär im Bundesministerium für innerdeutsche Beziehungen, Karl Herold, in aller Härte gekontert und dem CDU-Baron böswillige Unterstellung vorgeworfen. Tatsache ist, daß der zuständige Bundestags-Sonderausschuß den Gesamtansatz der weiteren finanziellen Förderung für den Vertriebenen-Bund gebilligt hat. Für die künftigen Jahre wird generell angestrebt, daß eine institutionelle Förderung zugunsten einer Projektförderung bewilligt wird, deren finanzieller Bedarf genau geplant und voraussehbar festgelegt werden kann. Diese Absicht ist dem Vertriebenen-Verband seit geraumer Zeit offiziell bekannt, so daß er sich mit seinen insbesondere kulturellen Planungen langfristig darauf einstellen konnte.

Angesichts dieser regierungsoffiziellen Klarstellung bleibt kein Platz mehr für das unnötige und damit auch sinnlose Alarmgeschrei der Opposition. Die Kulturarbeit der Vertriebenen- und Flüchtlingsverbände wird, wie Herold ausdrücklich betont hat, auch künftig vom Bund und von den Ländern finanziell unterstützt und gefördert werden. Die Aufgaben, die diese Verbände in diesem Bereich zu erfüllen haben, sind von allgemeiner Bedeutung: Auch im Jahre 1973 und später, also in Zeitabschnitten, in denen die Integrierung der nach 1945 in die Räume der Bundesrepublik geströmten Vertriebenen- und Flüchtlingsmassen nach fast 30jährigem engen Zusammenleben längst vollzogene Tatsache ist. Die von der Opposition aus rein parteitaktischen Überlegungen heraus unternommene Aktion des Wiederherausschälens der Vertriebenen und Flüchtlinge widerstrebt den Gesamtinteressen, denen eigentlich auch die CDU und die CSU verpflichtet sein müßten.

(ee/10.8.1973/ks/ee)

Dokumentation des SPD-Pressedienstes

Das Kardinals-Blatt und der Fall Steiner

Die "Münchener Katholische Kirchenzeitung" ("als Bistumsblatt herausgegeben im Auftrage des Erzbischöflichen Ordinariats München/Herausgeber Monsignore Bernhard Egger) hat in der Ausgabe vom 12. August 1973 aus der Feder des Bistumsblatts-Redakteurs Karl Wagner eine "Darstellung" zum Fall Steiner veröffentlicht, die wir des zweifellos allgemeinen Interesses, das diese höchst bemerkenswerte "Darstellung" im Amtsblatt des Münchner Kardinals Dr. Döpfner verdient, im vollen Wortlaut wiedergeben.

"Bonns Watergate - ein Schlag für die Demokratie

Bundeskanzler Brandt ist ein Prophet. Lange wußte das niemand so recht im Land. Wohl hatte er bereits im Frühjahr 1972 nach dem Übertritt von sozialliberalen Abgeordneten zu den Unionsparteien Korruptionsverdacht geäußert. Jetzt, nach dem Steiner-Wienand-Skandal, ist die Vorhersage eingetroffen. Freilich nicht beim beabsichtigten Empfänger. Amerika hat seinen Watergate-Skandal, der die republikanische Präsidentschaft Nixons sichern half. Für den Bonner Skandal wird der rechte Firmennamen noch gesucht. Gleichwohl, die Demokratie hat einen Schlag erhalten in unserem Land.

Man erinnert sich: am 27. April 1972 war Rainer Barzels Mißtrauensvotum gegen Bundeskanzler Brandt an einer Stimme gescheitert und das Ergebnis der Herbstwahlen machte dem Pakt ein Ende. Bis dann 'Quick' am schnellsten war und mit der Enthüllung der Steiner-Wienand-Affäre die Solidität des erhaltenen Thrones in arge Zweifel zog. War Rainer Barzel über das Bein eines an Herz, Rückgrat und Kasse schwachen Parteigängers gestolpert, dem SPD-Geschäftsführer Karl Wienand mit einer kräftigen Finanzspritze neue Überzeugungen einimpfte?

Anfangs Juni jedenfalls mokierte sich der 'Spiegel' noch über Anspielungen einer CDU-nahen Presse, in denen der Skandal mit der amerikanischen Watergate-Affäre verglichen worden war. Augsteins Hauspostille mag man zugute halten, daß ja damals noch nichts bekannt war über die angeblichen Einbruch in Herbert Wehners Panzerschrank. Wieso dann auch bereits Parallelen ziehen? Immerhin, eine Woche später konnte man in eben diesem 'Spiegel' lesen: 'Was zunächst nur eine Frage war, wird zur Gewißheit. Die Regierungsparteien SPD und FDP sind in einen politischen Skandal verstrickt - in seiner Dimension dem amerikanischen Watergate mehr und mehr vergleichbar.' Mit mindestens einer Ausnahme: zwar arbeitet in beiden Fällen ein parlamentarischer Untersuchungsausschuß an der Durchleuchtung der Affäre; hier bei uns freilich unter einem (SPD-) Vorsitzenden, der insgeheim manches Detail dessen bereits wußte, was zur Klärung anstand.

Da ist zunächst einmal Julius Steiner, ehemaliger CDU-Bundestagsabgeordneter und geheimdienstumwitterte Hauptfigur, die

gesteht, von SPD-Fraktionsgeschäftsführer Karl Wienand im Zusammenhang mit der Abwehr von Rainer Barzels Angriff 50.000 DM erhalten zu haben. Als Vermittler tritt ein Hans-Joachim Baeuchle auf, bis Herbst 1972 Bundestagsabgeordneter der SPD. Doch Karl Wienand weiß, zumindest zunächst einmal, von nichts und niemand. Ein tatsächlich großer Überlebenskünstler, der ja nicht lange zuvor bereits den Absturz der Paninternational überlebt hatte, dieweil 22 andere dabei den Tod fanden. Wunder über Wunder! Aber doch wieder kein Wunder. Denn vor Wienand stellt sich Wehner und ein ganzes Parteigremium dazu. Bundeskanzler Brandt laut 'Spiegel' vom 11. Juni 1973: 'Wir haben keine Veranlassung, uns dieses Bonbon ans Hemd zu kleben.' Auch er hat recht, denn Bonbon ist es tatsächlich keines. Schließlich stellt sich gar Wienand vor Wehner. Da kennt man sich ja bald nicht mehr aus, wer vor wem steht. Aber man möchte ja schließlich nur wissen, was hinter allem steckt. Denn wie man aus SPD-Kreisen belehrt wird, sei alles nur inszeniertes Theater, und Julius Steiner nicht ganz richtig im Kompf. Kommt, so mag der schlichte Bürger denken, am Ende gar alles nur von einem bösen Strauß, dem Wehner vor dem Untersuchungsausschuß Skrupellosigkeit attestiert? Aber wie es denn auch um Julius Steiners Kopf bestellt sein mochte: am 27. April 1972 war tatsächlich nur wichtig, daß sein Bein gesund war, über das Barzel stolpern sollte.

Mit den Köpfen ist es schlecht bestellt. Auch in Karl Wienands Gedächtnis lichtet sich's nur mühsam. Spiegelreporter Hermann Schreiber notiert am 23. Juli über ihn: 'Und daß der Zweck die Mittel heilige, das würde er, so generell formuliert, ebenfalls nicht abstreiten. Es kommt ihm auf den Zweck an. Wenn es um Ziele geht wie die Ratifizierung der Ost-Verträge oder wie die Rettung der sozialliberalen Koalition... dann wird Karl Wienand, was die Mittel betrifft, über vieles, wenn nicht über alles, mit sich reden lassen - oder mit anderen reden.' Wieweit hinauf die Hände beschmutzt sind, diese Frage verblaßt vor der Tatsache, daß der Demokratie weniger im Land ist und die Staatsverdrossenheit ohne Zweifel einen großen Auftrieb bekommen hat. Der Regierung geht es wie der Mark: das Vertrauen in sie schwindet rapide, wo vorher welches war. Man wundert sich nur in einem Punkt: warum Steiners Stimme und damit Brandts Rettung nicht mehr gekostet haben sollte, als runde 50.000, wo doch sonst alles teurer wird. Summa summarum: bis zu den nächsten Wahlen wird Julius Steiner längst vergessen, von neuen Parolen über mehr Demokratie und bessere Lebensqualität zugedeckt sein. Und noch mancher wird sich seinen Baeuchle streichen, weil alles so gut über die Bühne ging. (KW)''